

kulturaliberalna.pl

Europa ma karty w wojnie z Rosją. Czas zdecydować, jak je rozegrać

Aleksandra Braniewska

17–23 Minuten

Nach vier Jahren des umfassenden Krieges Russlands mit der Ukraine hört Europa immer noch die gleiche Anschuldigung: Es ist schwach, unentschlossen und spät. Diese Anschuldigung wird aus Moskau, aus Washington und auch aus Kiew erhoben. Das Problem ist, dass es ein Europa beschreibt, das nicht mehr existiert.

In der Europäischen Union gibt es vor allem Kritik.

Dass sie schwach ist. Ohne die Unterstützung eines starken Verbündeten, der die Vereinigten Staaten sind, wird es von Russland "gegessen" werden. Oder dass es von China abhängt – und sich in ein Museum für asiatische Touristen und einen Markt für lokale Unternehmen verwandelt.

Die US-Regierung wirft den europäischen Eliten vor, sich absichtlich von der "westlichen Zivilisation" zu entfernen oder die Meinungsfreiheit zu brechen. Die Russen, die Europäer sind Kriegsanstifter und unterstützen das "Nazi" -Regime in der Ukraine.

Präsident Wolodymyr Selenskyj schloss sich auch der Gruppe der

Kritiker an, die während seiner Rede in Davos auf die fehlende Entscheidungsfindung und Verschiebung der ewigen Beratung über echtes Handeln in Europa hinwies.

Das Problem ist, dass diese Vorwürfe das Ausmaß der Veränderungen, die in Europa stattfinden, nicht berücksichtigen.

Europäische Impotenz versus Amerikaner definitiv

Die Ukrainer sind nicht schwer zu verstehen. Aus ihrer Perspektive – Kämpfe an der Front oder das Einfrieren in Wohnungen als Folge des russischen Beschusses – sind die Beratungen in Brüssel wochenlang grotesk.

Selenskyj versucht daher, das europäische Gewissen zu erschüttern und sich gleichzeitig in die Gnaden des amerikanischen Präsidenten zu schleichen. Er benutzt Trumps Lieblingsrhetorik.

Politische Verwerfe werden jedoch berechnet, um aktuelle Emotionen zu ignorieren, deren Erfolg an „Klickbarkeit“ gemessen wird. Der ukrainische Präsident vergleicht daher die europäische Unentschlossenheit mit der amerikanischen Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, und geht mit dem Beispiel der US-Abfangen von Tankern mit der russischen Flagge als Teil der venezolanischen Marineblockade aus.

Bei der Anwendung dieser Art von Vergleich ist Selenskyj nicht isoliert. Nur, dass dieses rhetorische Verfahren die Realität verfälscht.

In den letzten vier Jahren haben die EU – und die Länder, die es schaffen, gemeinsam mit Norwegen oder dem Vereinigten Königreich wiederholt äußerst effektiv für die Verteidigung der

Ukraine gehandelt.

Seit Beginn der umfassenden Aggression unterstützt Europa Kiew direkt und vermischt Moskau. Seit mehr als einem Jahr finanziert er größtenteils militärische und wirtschaftliche Hilfe für die Ukraine. In dieser Zeit bemühen sich die Europäer auch – manchmal durch ästhetisch fragwürdiges Abblättern – Trump von der Idee eines Resets mit Russland zu distanzieren.

Die EU scheint davon auszugehen, dass die Aufgabe ihres Kurses nicht nur eine Tragödie für die Ukraine sein wird – sondern auch die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft in Frage stellt.

Das Ende von „Westsplaining“?

Entgegen der landläufigen Meinung lügen russische Beamte nicht jedes Mal, wenn sie den Mund aufmachen. Um darüber zu donnern, dass Europa das Haupthindernis für ein Friedensabkommen mit der Ukraine ist, sagen sie paradoxerweise, wie es ist. Denn Frieden im russischen Sinne ist identisch mit der Kapitulation Kiews und dem Machtwechsel im Staat.

Für den Kreml ist die Aufhetzung des europäischen Krieges gleichbedeutend mit der Unterstützung der Ukraine. Europa hat ihr geholfen und das Paradigma des Denkens über seine Sicherheit verändert. Erst vor fünf Jahren war Russland ein wichtiger Handelspartner für die EU, ohne den man sich das Funktionieren der EU-Wirtschaften kaum vorstellen konnte. Jetzt ist Russland eine Bedrohung, die die Gemeinschaft dazu drängt, defensive Fähigkeiten aufzubauen.

Man kann an der Nachhaltigkeit dieser Veränderung zweifeln. Es

ist jedoch nicht zu leugnen, dass der EU-Mainstream bis zu einem gewissen Grad den Standpunkt vertreten hat, der seit Jahren die Beteiligung von Polen oder Esten ist.

Jahrelang schien die Lücke in der Wahrnehmung des Kremls durch den Osten und Westen der EU überschwemmt zu werden, was eine Quelle der Frustration und ein Gefühl der Einsamkeit von Vertretern der östlichen Länder in EU-Strukturen darstellte.

Diese „Östernalisierung“ der EU-Politik ist in der Arbeit der Europäischen Kommission, in den Entschließungen des Europäischen Parlaments oder auf der Ebene der Entscheidungsträger der Mitgliedstaaten sichtbar. Die Position des Chefs der EU-Diplomatie Kai Kallas – Estnisch, der nach Ansicht eines anonymen EU-Bürokraten darin besteht, „Russen zum Frühstück zu essen“ – beweist, dass diejenigen, die einst als „Russophobie“ eingestuft wurden, jetzt die Möglichkeit haben, den Ton anzugeben.

Natürlich können Sie Vorbehalte haben, dass Kallas sich hauptsächlich auf die Frage des russisch-ukrainischen Krieges konzentrieren, auf Kosten anderer Angelegenheiten, was das Risiko einer „Pendelum-Reflexion“ über die nächste Stabsrotation erhöht. Die These über die Top-Down-Disqualifikation der Stimme des östlichen Teils der Gemeinschaft macht jedoch immer weniger Sinn – umso mehr, als Russlands Aggression darauf hinwies, dass auf der Ostseite der EU der Grund liegt.

Für Moskau stellt dies die Erkenntnis einer der größten Sorgen dar: die Erfüllung des Systems westlicher Allianzen mit Inhalten durch diejenigen, die kurz nach der Geburt von Russland befürchtet wurden.

Sanktionen funktionieren

Wenn dieser Paradigmenwechsel nicht durch Handlungen gestützt würde, könnte er als rhetorischer Ausschlag betrachtet werden.

Und hier kommt das Standardargument, dass Europa nur Spaltungen aus Hoffnungen und Besorgnissen senden kann.

Tatsächlich hat die EU Russland gezwungen, seit Beginn einer umfassenden Invasion durch Sanktionen Instrumente reale Kosten zu verursachen. Kritiker verspotten die Anzahl der Sanktionspakete (derzeit wird ihre zwanzigste Rate praktiziert), die angeblich die russische Wirtschaft nicht betreffen.

Dies ist eine falsche These – seit Mitte 2024 haben wir die wachsenden wirtschaftlichen Probleme der Eindringlinge gesehen, und die EU-Beschränkungen sind ihre Schlüsselquelle.

Die Annahmen der europäischen Sanktionen sind recht einfach. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten – die durch den Dollar die meisten Volkswirtschaften der Welt beeinflussen können – hat Europa die Stärke seines eigenen Marktes. Und die Russen haben daraus große Gewinne gemacht. Daher mussten sie den Zugang dazu abschneiden.

Am schmerzhaftesten für den Kreml ist bis heute das Embargo für Offshore-Lieferungen mit russischem Öl. Die Schließung des EU-Marktes hat die Russen verurteilt, Öl an Indien und China zu verkaufen, was zu einer deutlichen Preissenkung führt. Nach den Berechnungen der Kiewer Wirtschaftsschule brachte der Rabatt auf russisches Öl dem Kreml von März 2022 bis Ende 2025 fast 175 Milliarden Dollar an Verlusten. Im Vergleich dazu schätzt Schwedens SIPRI Russlands reale Ausgaben für den Krieg im vergangenen Jahr auf rund 150 Milliarden Dollar.

Interessanterweise hätte das Embargo noch stärkere Auswirkungen auf den russischen Haushalt gehabt, wenn die USA sich nicht um die steigenden Ölpreise als solche gekümmert hätten. Im Jahr 2022 hat die Biden-Regierung einen Preisobergrenzenmechanismus durchgesetzt, der es westlichen Unternehmen ermöglichte, Rohstoffe aus Russland zu exportieren, wenn ihr Preis unter einem festgelegten Niveau lag. Dieser Mechanismus hat die Stärke des Embargos abgeschwächt.

Die Krise der russischen Wirtschaft war auch durch den Rückzug einiger europäischer Unternehmen vom Markt, das Embargo gegen Kohleimporte, die Trennung russischer Banken vom SWIFT-Zahlungssystem oder eine Reihe anderer Beschränkungen, die von Europa in Abstimmung mit Verbündeten (und manchmal ohne) eingeführt wurden, betroffen.

Ein Sonderfall ist die drastische Reduzierung der russischen Gaslieferungen in die EU. Sein Anteil am EU-Importkorb sank von einem Vorkriegsniveau von fast 40 Prozent auf 12 Prozent im vergangenen Jahr. Der Kreml verlor den westlichen Markt auf eigenen Wunsch, weil er Europa erpressen wollte. Infolgedessen verhinderte es, dass Gazprom 20 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr verkaufte.

Zur Enttäuschung der Russen, ohne ihr Gas, für die EU überhaupt nicht ein, sondern wurde unabhängig davon. Und natürlich können Sie den Vorwurf an Europa haben, dass die Energieentlastung zu langsam geht. Sowohl Gas als auch Öl werden weiterhin mit zwei Pipelines auf den europäischen Markt geliefert.

Der Fortschritt in diesem Fall wird jedoch durch den Widerstand

der Länder erschwert, die sich grundsätzlich nicht vom Import von Kohlenwasserstoffen aus Russland – insbesondere Ungarn – entfernen wollen. Dennoch gelingt es der Europäischen Kommission gemeinsam mit den in diesem Bereich aktiven Mitgliedstaaten, die Sanktionsregelung zu verstärken.

Auch im Zusammenhang mit der Beschränkung gibt es eine Änderung des Intra-EU-Paradigmas. Brüssel gelang es, ohne deutschen Widerstand rasch Sanktionen gegen beide Nord-Stream-Fäden zu verhängen. Andererseits soll die Verordnung über die vollständige Abkehr von russischem Gas bis Ende 2027, die im Dezember letzten Jahres verabschiedet und von der Kommission von Beginn der Invasion an vorangetrieben wurde, von der Slowakei und Ungarn in Frage gestellt werden.

Konsistenz trotz Hindernissen

Die regelmäßige Annahme von Sanktionspaketen ist gekennzeichnet durch die Regelmäßigkeit, die bei der Konfrontation mit Russland von Bedeutung ist: Konsistenz.

Die ständige Diskussion über die Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Degradierung der russischen Wirtschaft zeigt Russland, dass die Hoffnungen, dass Europa aus dem pro-ukrainischen Block ausbricht, vergeblich sind.

Jest to szczególnie ważne ze względu na rosyjską kalkulację złamania oporu Ukraińców na skutek stopniowego odwracania się sojuszników.

Poszukując nowych metod nacisku na Rosję, UE działa coraz odważniej. Chociażby poprzez eksplorowanie możliwości stosowania „sankcji wtórnych”, a więc karania podmiotów z państw

trzecich za obchodzenie unijnych restrykcji – na przykład Chin czy Indii. Wcześniej Bruksela była bardzo zachowawcza, jeśli chodzi o stosowanie kar o charakterze eksterytorialnym.

Równie dużą zmianę stanowi aktywna polityka na rzecz zwiększenia twardego bezpieczeństwa po dekadach odcinania kuponów z „dywidendy pokoju”. Tutaj UE ma pełnić rolę komplementarną do NATO. Finansuje transfery broni dla Ukrainy i udziela krajom członkowskim wyjątkowych w swoim rozmiarze pożyczek na zakup uzbrojenia.

Finansowa broń atomowa

Bezprecedensowe było także pozbawienie Rosjan ich własnych pieniędzy. Zamrożenie rosyjskich rezerw finansowych przez kraje G7 w reakcji na inwazję na Ukrainę przyjmuje się obecnie za rzecz naturalną. Tak samo, jak przekazywanie odsetek z tych aktywów na rzecz Ukrainy.

Opinia publiczna, jak gdyby nigdy nic, przeszła nad tym do porządku dziennego. Jednak unijna „weaponizacja” finansów na taką skalę – około 200 miliardów euro należących do innego państwa – jeszcze niedawno była nie do pomyślenia. Głównie ze względu na ryzyko dla europejskiego systemu finansowego i rażącą ingerencję w prawo własności. Niemniej, rezerwy błyskawicznie zablokowano przy konsensusie państw członkowskich.

Znaczenie tej decyzji jest obecnie umniejszane tym, że do tej pory nie zdecydowano się przeznaczyć całości zamrożonych aktywów na rzecz Ukrainy. Ma to być kolejny dowód unijnej niedecyzyjności. W grudniu ubiegłego roku tak zwanej pożyczce reparacyjnej w

oparciu o rosyjskie aktywa sprzeciwiła się Belgia, w której zgromadzono lwią część tych środków.

Jednak szklanka jest jednocześnie do połowy pełna. I tak udało się znaleźć rozwiązanie zabezpieczające znaczną część ukraińskiego zapotrzebowania na pomoc finansową na dwa lata – to kredyt od UE oparty o wspólny dług.

Co więcej, rosyjskie aktywa zamrożono bezterminowo. Zwolniło to UE z konieczności przedłużania ich statusu co pół roku. W przeszłości Węgry groziły w tej sprawie wetem. Samych rosyjskich środków nie ruszono, ale nie można wykluczyć, że dyskusja na ten temat powróci.

Błąd poznawczy Kremla

Przy tym wszystkim należy przyznać, że europejska polityka wobec Ukrainy i Rosji nie jest pasmem niekończących się sukcesów. Po czterech latach konsensus osiąga się coraz trudniej. Świadczy o tym chociażby odstąpienie od wspólnego zadłużenia na rzecz Ukrainy przez trzy unijne kraje: Węgry, Słowację i Czechy, czy węgierskie weto wobec wydzielenia tych środków. Mimo to, ustawiczne przedstawianie Europy jako aktora bezwolnego i niedecyzyjnego – tak jak to zrobił Zełenski – jest po prostu niezgodne z rzeczywistością.

Taki zarzut jest też, z punktu widzenia Ukrainy, lekkomyślny. Od momentu powrotu Trumpa do władzy ciężar wsparcia dla Ukrainy – zarówno wojskowy, jak i finansowy – wzięła na siebie przede wszystkim Europa. Lukę po pomocy amerykańskiej udaje się, póki co, zapełnić dzięki bezpośrednim transferom i kupowaniu amerykańskiego uzbrojenia w ramach NATO-wskiej inicjatywy

PURL (Prioritized Ukraine Requirements List).

Nie są to mechanizmy idealne. W przypadku pozyskiwania sprzętu z USA widoczny jest rozróżnienie pomiędzy tempem realizacji dostaw pomiędzy konkretnymi państwami. Na tym tle Skandynawowie, przodujący w wydzielaniu środków, wzywają pozostałe kraje Sojuszu do potraktowania tej inicjatywy poważnie.

Zmiany podejścia w Waszyngtonie próżno oczekiwać, co tylko uwydatnia znaczenie europejskiej pomocy. Rosjanie doskonale o tym wiedzą – i to właśnie dlatego sukcesywnie krytykują Europejczyków oraz stawiają ich w roli głównej przeszkody dla amerykańsko-rosyjskiego resetu.

Dla Kremla wytrwałość europejskiego bloku jest czymś nielogicznym. Europa – rozumiana jako UE i europejska część NATO – jest przecież z natury tworem słabym.

Wielocłonowa, z rozdrobnionymi centrami decyzyjnymi, może co najwyżej aspirować do roli elitarnego, ale mimo wszystko towarzyskiego klubu. Szczególnie jeśli jest pozbawiona amerykańskiego lidera.

Kreml przeżywa więc dysonans poznawczy. Europa jest przez ostatnie cztery lata decyzyjna i konsekwentnie wspiera Ukrainę. A przecież miała jedynie głośno pohukiwać, potępiając agresję, po czym zapomnieć o sprawie i wrócić do *business as usual*.

Moskwa się przeliczyła

Europejska wytrwałość – w zakresie wsparcia dla Ukrainy, ekonomicznego nacisku na Rosję czy retorycznego deklarowania braku zamiaru wznowienia kooperacji z Moskwą – jest kluczowa jako element odstraszenia. Być może na równi z budową

zdolności militarnych.

W przeszłości Kreml często błędnie interpretował polityczne sygnały płynące ze strony jego adwersarzy, biorąc je za dobrą monetę. Błędne rozpoznanie politycznej woli Zachodu wobec pomocy dla Ukrainy jest tego koronnym przykładem.

To właśnie dlatego nie należy manifestować żadnej woli do ustępstw, jeśli te mogłyby zostać odczytane przez Rosjan jako oznaka słabości – niezależnie od postawy innych.

Wbrew rosnącemu przekonaniu, UE wciąż dysponuje pokaźną siłą w postaci swojego *soft power* wobec swoich sąsiadów. Jest ono tym silniejsze, im bardziej Bruksela i państwa członkowskie dowodzą swojej decyzyjności. Wspieranie Ukrainy i wzmacnianie jej pozycji negocjacyjnej względem agresora to jeden z najlepszych sposobów na odczarowanie unijnego bezhołowia.

Nie pozostaje to także bez znaczenia dla Ukraińców. W obliczu utraty wsparcia z USA i poczucia, że dla obecnej administracji w Waszyngtonie istotniejszy od losu Ukrainy jest reset z Rosją, świadomość tego, że Europejczycy stoją u boku Ukrainy, jest jeszcze ważniejsza.

„Wsobność” europejskiego projektu oraz jego osłabienie stanowiłoby kolejny cios dla Kijowa, utratę najważniejszego kierunkowskazu na drodze do modernizacji. Powszechne przeświadczenie o „zdradzie Zachodu” mogłoby zaprowadzić Ukrainę na bardzo niepewne tory, oddziałujące na całą Europę w sposób destabilizujący.

To Europa ma karty

Przejawy słabości Europy i jej niewiara we własne siły

podważałyby nie tylko spójność projektu, lecz także wpłynęły na bliższe sąsiedztwo, oddając je na pastwę Rosji czy Chin. Zmiana europejskiego kursu – chociażby rozczłonkowanie wspólnego stanowiska w rozmowach z Rosją, animowane częściowo przez Waszyngton zaprzepaściłoby dokonania ostatnich czterech lat. A Europejczycy zdołali w tym czasie dokonać wyraźnej rewizji własnej polityki i po raz kolejny wykorzystać kryzys jako okazję do reformy.

Zelenski ma rację, że Europa bywa powolna – ukraiński prezydent myli jednak powolność z bezsilnością. Europejczykom można zarzucić przede wszystkim to, że nie wykorzystują swojego potencjału w pełni. Świadomość wrogiej polityki Moskwy powinna pozostać politycznym drogowskazem dla europejskich decydentów. Cztery lata wojny pokazały, że Wspólnota potrafi uczyć się w kryzysie. Teraz stawką jest to, czy potrafi tę lekcję przekuć w trwałą strategię.

Europa posiada wszelkie karty, aby wywrzeć wpływ na przebieg rosyjsko-ukraińskiej wojny. Do ich zagrania niezbędna jest jednak konsekwencja, poparta silnym przeświadczeniem o byciu podmiotem, a nie przedmiotem historii.

This publication/event is part of PERSPECTIVES — a project and label co-funded by the European Union that stands for authentic, trustworthy, independent and multi-perspective journalism.

Led by the Goethe-Institute and implemented together with newsrooms from Central and Eastern Europe, PERSPECTIVES is committed to credible content that reflects Europe's complex realities through diverse voices and viewpoints.



PERSPECTIVES

One Europe,
many Stories